

## Denkbar ungünstig

RÜCKTRITT VON WIRTSCHAFTSMINISTER AMARI STELLT JAPANISCHE REGIERUNG VOR NEUE HERAUSFORDERUNGEN

**Im internationalen Vergleich zählt Japan zu den Ländern, in denen besonders viele Spitzenpolitiker vorzeitig ihren Rücktritt erklären (müssen). Unter Premierminister Shinzo Abe sind bereits drei Minister wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten ausgeschieden. Dass jetzt auch Wirtschaftsminister Akira Amari seinen Hut nahm, ist für die japanische Regierung aber ein besonders schwerer Rückschlag.**

Auch Amari wird unerlaubte Vorteilsnahme vorgeworfen. Einige Tage hatte sich der Wirtschaftsminister noch gegen die Vorwürfe wehren können und stand auch der Premierminister öffentlich weiter hinter ihm. Am Donnerstag (28.01.) erklärte Amari dann doch seinen Rücktritt.

Shinzo Abe verliert damit in der Regierung einen seiner engsten Vertrauten. Überdies zählte Amari zu den wichtigsten Ministern im Kabinett. Denn neben dem Premierminister stand er wie kein anderer für die Bemühungen zur Revitalisierung der japanischen Wirtschaft. Der 66-jährige Politiker war nicht nur für die Planung und Umsetzung weitreichender struktureller Reformen zuständig, sondern trieb auch die Verhandlungen für den Beitritt Japans zum Transpazifischen Freihandelsabkommen TPP voran. Anfang Februar sollte Amari eigentlich nach Neuseeland reisen, wo das Abkommen feierlich unterzeichnet wird. Diese Aufgabe wird nach dem plötzlichen Rücktritt des Wirtschaftsministers jetzt wohl Nobuteru Ishihara übernehmen müssen. Der frühere Generalsekretär der regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP) und ehemalige japanische Umweltminister wurde von Pre-

mierminister Abe ebenfalls am Donnerstag bereits als Nachfolger angekündigt.

Als neuer Minister für die wirtschaftliche Revitalisierung tritt Ishihara ein schweres Erbe an. Nicht nur muss sich der 58-jährige jetzt mit den Details der langwierigen und überwiegend hinter verschlossenen Türen geführten Verhandlungen über das TPP vertraut machen, sondern steht er auch bei der Steigerung des Bruttoinlandsprodukts unter hohem Erfolgsdruck.

### Topthema „Wirtschaftswachstum“

Kaum hatte das Oberhaus in Tokio Mitte September 2015 nach anhaltenden Protestkundgebungen und zähem Widerstand der Oppositionsparteien neue Sicherheitsgesetze verabschiedet, überraschte Premierminister Shinzo Abe (LDP) mit der Ankündigung einer „zweiten Stufe der Abenomics“. Die japanischen Medien bewerteten den Hinweis überwiegend als eine thematische Kehrtwende weg von der Sicherheitspolitik und wieder hin zu der Frage, wie Japan nach vielen Jahren weitgehender wirtschaftlicher Stagnation und Deflation sein Bruttoinlandsprodukt ankurbeln kann. Ab 2013, nach dem Wahlsieg der Liberaldemokratischen Partei (LDP) und ihres kleinen Koalitionspartners Komeito, hat die japanische Regierung die Steigerung der Wirtschaftsleistung mit einer aggressiven Geldpolitik, milliardenschweren Konjunkturpaketen und Strukturreformen in Angriff genommen. Das umfangreiche Wirtschaftsprogramm wird nach dem Premierminister seitdem „Abenomics“ genannt. Für die damals gewählten Handlungsfelder bürgerte sich das Bild der „drei Pfeile“ ein.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

JAPAN

PAUL LINNARZ

29. Januar 2016

[www.kas.de/japan/](http://www.kas.de/japan/)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Bei seiner Ankündigung einer zweiten Stufe der Abenomics nahm der Regierungschef im September dann drei neue „Pfeile“ in die Hand: Künftig sollten alle Anstrengungen demnach auf „eine starke Wirtschaft, die in der Bevölkerung Hoffnung weckt“ ausgerichtet sein. Darüber hinaus kündigte Abe „Maßnahmen zur Förderung der Kindererziehung“ an, die es den „Menschen erlauben, ihre Träume zu verfolgen“. Außerdem wolle sich die Regierung für „ein System der sozialen Absicherung“ einsetzen, „das zu einem Gefühl des Wohlbefindens“ beitrage.

#### **Abenomics mit „menschlichem Antlitz“**

Die „harten“ strategischen Linien von einer Ausweitung der Geldmenge über Konjunkturspritzen und Steuererleichterungen bis hin zu den geplanten Reformen für eine Liberalisierung der japanischen Wirtschaft sind damit zwar keineswegs vom Tisch; neu ist die zweite Stufe der Abenomics aber vor allem deshalb, weil sie die Sorgen und Ängste in der Bevölkerung adressiert. Das Ziel sei, so Abe, „eine Gesellschaft aller aktiven 100 Millionen Japaner, in der jeder im Haushalt, am Arbeitsplatz und in der Gemeinschaft noch aktiver werden“ könne. Der Premierminister hob dabei auch auf den demographischen Wandel ab; in keinem anderen Land altert und schrumpft die Gesellschaft schneller als in Nippon. Das Kaiserreich solle demnach „eine Nation werden, die in den nächsten 50 Jahren eine Bevölkerung von 100 Millionen behält“. Anfang 2015 lebten in Japan noch etwas über 126 Millionen Menschen, Tendenz: fallend.

Wiederholt hat Abe seit September bekräftigt, Japans wirtschaftliche Entwicklung mit Priorität vorantreiben zu wollen. Erst vor wenigen Tagen überraschte er in dem Zusammenhang mit einer weiteren Ankündigung: Demzufolge wolle die Regierung bis zum Frühjahr einen Plan für „gleiches Gehalt für gleiche Arbeit“ vorlegen. Das Vorhaben nimmt die sogenannten „irregulären“ Beschäftigungsverhältnisse ins Visier. Damit sind Teilzeitjobs und befristete Verträge gemeint. Mittlerweile arbeiten knapp 40 Prozent aller Beschäftigten auf der Basis dieser für Japan traditionell untypischen Verträge. Während der vergangenen zwei

Jahrzehnte hat sich ihr Anteil auf dem Arbeitsmarkt um etwa 16 Prozent erhöht. Im Unterschied zu unbefristeten Vollzeitjobs, sind Mitarbeiter in irregulären Beschäftigungsverhältnissen überwiegend schlechter abgesichert. Im Regelfall verdienen sie auch deutlich weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen in Festanstellung. Die nachteiligen Konditionen betreffen vor allem jüngere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter inzwischen ganz erheblich. Unter dem Slogan „gleiches Gehalt für gleiche Arbeit“ will die Regierungskoalition das Gefälle auf dem Arbeitsmarkt jetzt zumindest teilweise ebnen. Völlig offen ist derzeit aber noch, welche Mehrkosten dadurch vor allem auf die Unternehmen im Einzelhandel und im verarbeitenden Gewerbe zukommen werden. Auf diese Bereiche konzentriert sich ein großer Teil der irregulären Beschäftigungsverhältnisse.

Natürlich hat die Ankündigung neuer, auf die Sorgen und Ängste der Bevölkerung ausgerichteter Maßnahmen zur Steigerung der Wirtschaftsleistung handfeste politische Hintergründe. Dazu zählt, dass in diesem Sommer in Japan Oberhauswahlen anstehen. Darüber hinaus haben die Abenomics während der vergangenen Jahre zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung nicht das erreicht, was geplant war oder sogar angekündigt wurde. Beide Aspekte lassen sich natürlich nicht voneinander trennen.

#### **Oberhauswahlen mit ehrgeizigen Zielen**

Klar war bereits im September letzten Jahres, dass sich die japanische Regierung möglichst rasch auf ein Thema konzentrieren musste, mit dem sich große Teile der Bevölkerung identifizieren können. Die Neuausrichtung der japanischen Sicherheitspolitik war dafür gänzlich ungeeignet. Während der mehrmonatigen, von ungewohnt lautstarken Protesten und tumultartigen Szenen im Parlament überschatteten Debatte über die Verabschiedung der neuen Sicherheitsgesetze hatte die Regierung in Tokio deutlich an Popularität eingebüßt. In Zeitungs-umfragen sprach sich über die Hälfte der Bevölkerung gegen die neuen Gesetze aus. Erst Ende letzten Jahres konnte die japanische Regierung ihre Zustimmungswerte

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## JAPAN

PAUL LINNARZ

29. Januar 2016

[www.kas.de/japan/](http://www.kas.de/japan/)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

wieder verbessern. Schon die vorgezogenen Neuwahlen im Dezember 2014 hatte Premierminister Abe zu einem „Referendum über die Abenomics“ erklärt und dabei einen deutlichen Wahlsieg errungen. Dass er sich nach der Verabschiedung der neuen Sicherheitsgesetze nun erneut vor allem der Wirtschaftsentwicklung verschreiben wolle, war also naheliegend. Geradezu zwingend war aber auch, dass der japanische Regierungschef mit Blick auf die diesjährigen Oberhauswahlen neue Argumente finden musste. Denn die „drei Pfeile“, mit denen Abe seine Wirtschaftsreformen seit Anfang 2013 erklärt und verteidigt hat, lassen sich inzwischen kaum noch in griffige, auch emotional ansprechende Botschaften für den bevorstehenden Wahlkampf übersetzen.

Die im Herbst letzten Jahres geäußerte Ankündigung, in der Bevölkerung neue Hoffnung wecken zu wollen und sich für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie einzusetzen, dürfte den Wählern stattdessen näher am Herzen liegen. Das Gleiche gilt für den Plan, die Lage der irregulär Beschäftigten zu verbessern. Das Vorhaben soll vor allem jüngere Wähler ansprechen. Auf diese Bevölkerungsgruppe richten sich bei den diesjährigen Oberhauswahlen viele Hoffnungen. Denn erstmals dürfen bei dem Urnengang im Sommer auch die 18- und 19-Jährigen abstimmen. Bis Mitte letzten Jahres lag das Mindestwahlalter in Japan noch bei 20 Jahren. Nachdem die Beteiligung bei der letzten Parlamentswahl im Dezember 2014 mit nur etwas über 50 Prozent auf ein Rekordtief gefallen war, sind jetzt circa 2,4 Millionen junge Erwachsene zusätzlich wahlberechtigt und damit für die Regierungs- und Oppositionsparteien eine überaus wichtige neue Zielgruppe.

Vor allem zielen die neuen „Pfeile“ der Abenomics aber darauf ab, der Demokratischen Partei Japans politisch den Wind aus den Segeln zu nehmen. Zwar hat die DPJ sowohl im Ober- als auch im Unterhaus deutlich weniger Sitze als die Regierungskoalition; als größte Oppositionspartei ist sie für das Bündnis aus LDP und Komeito aber der einzige ernstzunehmende Gegner. Und vieles von dem, was Premierminister Abe jetzt im Rahmen der „zweiten Stufe“ seiner Wirt-

schaftsreformen ankündigt, vertritt so oder ähnlich auch die DPJ. Sie kritisiert bereits seit Jahren, dass die Abenomics zwar den großen japanischen Konzernen steigende Aktienkurse und Exportvorteile verschafften, die gesellschaftliche Unter- und Mittelschicht bislang aber kaum von den Reformen profitiere. Auch die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zählt zu den Forderungen der DPJ. Und nachdem Premierminister Abe zuletzt angekündigt hat, sich für die irregulär Beschäftigten einsetzen zu wollen, besetzt er ein weiteres wichtiges Thema der Opposition.

Der Schwenk bei der Formulierung der neuen Ziele der Abenomics ist allerdings nicht so zu verstehen, dass LDP und Komeito im Sommer bei den Oberhauswahlen ernsthaft mit einer deutlichen Niederlage rechnen müssten. Stattdessen will der Premierminister die Mehrheitsverhältnisse zugunsten der Regierungskoalition sogar noch verbessern. Denn im Januar hat Abe angekündigt, weiterhin auf eine Verfassungsreform hinwirken zu wollen. Dafür ist im Oberhaus eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Mindestens 162 der insgesamt 242 Abgeordneten in der zweiten Kammer des Parlaments müssen die Reform mithin befürworten. Für die nötige Mehrheit fehlen derzeit aber wenigstens 74 Sitze. Einen Teil davon könnten LDP und Komeito bei der Abstimmung hinzugewinnen. Für die dann noch fehlenden Sitze ist die Regierungskoalition aber auf die Unterstützung anderer Parteien angewiesen, darunter die Osaka Ishin no Kai. Bei den kleineren Oppositionsparteien wirbt die LDP deshalb schon jetzt für die Verfassungsreform. Der Vorsitzende der DPJ, Katsuya Okada, hat hingegen bereits versichert, dass sich seine Partei „an Diskussionen mit der Regierung Abe über eine Verfassungsreform nicht beteiligen“ werde.

### Herkulesaufgaben an mehreren Fronten

Die DPJ wird natürlich versuchen, die für eine Verfassungsreform erforderliche Zweidrittelmehrheit im Oberhaus zu verhindern. Sie fordert die Aufklärung aller Vorwürfe gegen Ex-Minister Amari und dessen engste Mitarbeiter. Außerdem will die DPJ ermitteln, ob noch andere Personen oder Institu-



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

### Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.  
Hauptabteilung  
Internationale Zusammenarbeit

KAS-Auslandsbüro Japan  
OAG-Haus 4F  
7-5-56 Akasaka, Minato-ku  
Tokyo, 107 0052 Japan  
Tel. +81 3 6426 5041  
Fax. +81 3 6426 5047  
Paul.Linnarz@kas.de  
[www.kas.de/japan/](http://www.kas.de/japan/)  
[www.facebook.com/KAS.Japan](https://www.facebook.com/KAS.Japan)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**JAPAN**

PAUL LINNARZ

**29. Januar 2016**

[www.kas.de/japan/](http://www.kas.de/japan/)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

tionen wie die für die Revitalisierung städtischer Großwohnsiedlungen zuständige Urban Renaissance Agency (UR) in den Skandal verwickelt sind. Der Rücktritt des Ministers dürfte das japanische Parlament und die Medien des Landes mithin noch eine ganze Weile beschäftigen.

Als wäre das nicht schon genug, kündigte die Notenbank in Tokio am Freitag (29.01) überraschend einen negativen Zinssatz von 0,1 Prozent an. Wie in Europa, sollen die Geschäftsbanken damit dazu bewegt werden, ihre Guthaben nicht länger auf den Konten der Zentralbank anzulegen, sondern das Geld in die Wirtschaft zu pumpen. Dahinter steht die Erwartung, mit zusätzlichem Kapital für Unternehmenskredite sowohl die Investitionen als auch das Wirtschaftswachstum ankurbeln zu können. Zwar lagen die Zinsen in Japan schon länger nahe Null; das Ziel, damit die Inflation auf etwa zwei Prozent zu erhöhen, wurde bis jetzt aber nicht erreicht. Im vergangenen Jahr betrug die Preissteigerung (ohne Nahrungsmittel) nur 0,5 Prozent. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte lagen im Dezember 4,4 Prozent unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Die Exporte sanken Ende 2015 vor allem wegen der schwachen Nachfrage aus China sogar um acht Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Gleichzeitig gingen wegen der niedrigen Öl- und Gaspreise aber auch die Importe zurück. Zuletzt erzielte Japan im Außenhandel deshalb wieder einen Handelsüberschuss. In den letzten Tagen war das für sich genommen aber die einzige wirtschaftspolitische Erfolgsmeldung aus Japan. Noch dazu ist die positive Entwicklung bei der Handelsbilanz vor allem äußeren Faktoren geschuldet. Sollten die Rohstoffpreise in näherer Zukunft wieder steigen, ohne dass die Exporte gerade nach China wieder anziehen, würde das die Revitalisierung der japanischen Wirtschaft weiter unter Druck setzen. Der Rücktritt von Wirtschaftsminister Akira Amari kommt deshalb zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt.